№ 28. **Provinzial-Correspondenz.** 13. Juli 1870.

Achter Jahrgang.

Frankreichs Verhalten in der spanischen Frage.

Die Geduld des deutschen Volkes ist durch die Behandlung, welche die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron in Frankreich erfahren hat, auf eine schwere Probe gestellt worden; aber so groß die Geduld war, so tief ist auch die gerechte Entrüstung über den beleidigenden, selbst drohenden Ton, der jenseits des Rheins bei dieser Gelegenheit angeschlagen worden ist. Wenn man der Tagespresse in Zeiten der Erregung eine schroffe und verletzende Sprache allenfalls zu Gute hält, so dürfte man doch von einem Mann, wie dem Herzog von Gramont, welcher als der auswärtige Minister eines großen Landes die Gewohnheit oder die Fähigkeit haben sollte, schwierige politische Fragen mit Schonung zu behandeln, erwarten, daß er auch im gegenwärtigen Falle die Sache mit größerer internationaler Vorsicht und Rücksichtnahme angefaßt hätte.

Wäre wirklich ein überwiegendes französisches Interesse durch die Kandidatur des hohenzollernschen Prinzen verletzt worden, so wäre bis zum 6. Juli für Frankreich Nichts leichter gewesen, als die guten Dienste irgend einer befreundeten Macht, vielleicht grade Preußens in vertraulicher Weise in Anspruch zu nehmen, um den Versuch zu machen, die thatsächlichen Verhältnisse mit den Interessen Frankreichs womöglich in Einklang zu bringen. Der Weg dagegen, welchen der Herzog von Gramont eingeschlagen hat, die im diplomatischen Verkehr und im Munde eines auswärtigen Ministers unerhörte Färbung der von ihm beliebten Sprache müssen in den Gefühlen des deutschen Volkes eine tiefe und ernste Verstimmung begründen.

Man hat in Deutschland bis zum letzten Augenblicke an eine ernste Kriegsgefahr nicht glauben mögen, weil in der That die Frage dazu nicht angethan schien. Man durfte bei uns zunächst der Meinung sein, daß der Prinz von Hohenzollern, der ein naher Verwandter des französischen Kaiserhauses ist, während er mit dem preußischen Königshause nur eine Namenverwandtschaft hat, daß namentlich sein Vater, welcher mit dem Kaiser der Franzosen von alter Zeit her in engen persönlichen Beziehungen stand, wohl wissen mußte, wie Frankreich sich zu der Kandidatur stellen würde, — daß ferner die spanische Regierung, welche die Sache vor Allem anging, sich der Auffassung Frankreichs versichert haben würde.

Die preußische Regierung als solche ist, wie auch den Vertretern in Deutschland mitgetheilt worden, der ganzen Angelegenheit vollständig fremd geblieben; selbst Se. Majestät der König ist nach den Hausgesetzen nicht in der Lage, den Mitgliedern des Fürstlich hohenzollernschen Hauses zur Annahme einer fremden Krone die Erlaubniß zu ertheilen oder zu versagen. Der preußische Staat und der König haben daher mit der Sache selbst Nichts zu schaffen gehabt: alle Entscheidung und Verantwortung ruhte von vorn herein ausschließlich bei der spanischen Regierung und bei dem Prinzen von Hohenzollern selbst.

Es war daher eine völlig ungereimte Zumuthung von französischer Seite, daß Se. Majestät der König oder vollends die preußische Regierung dem Prinzen von Hohenzollern die Annahme der spanischen Krone untersagen sollte. Beide hatten dazu kein Recht, da Prinz Leopold, welcher 35 Jahre zählt, großjährig ist, und sich aller der Rechte persönlicher Selbstständigkeit erfreut, welche die Verfassung ihm so gut, wie jedem anderen Staatsangehörigen gewährleistet. Der König konnte mithin gar nicht in die Versuchung kommen, dem von französischer Seite an ihn erhobenen Anspruch zu genügen.

Wenn inzwischen von Madrid über Paris die Nachricht eingetroffen ist, daß der Fürst von Hohenzollern, der Vater des Erbprinzen Leopold, der spanischen Regierung die Mittheilung von der Verzichtleistung desselben auf die Thronbewerbung gemacht habe, so hat der Prinz bei dieser Ablehnung ebenso innerhalb seiner selbstständigen persönlichen Berechtigung gehandelt, wie bei der vorherigen Annahme. Welche Erwägungen ihn dabei geleitet haben, das entzieht sich für jetzt der näheren Kenntniß und Betrachtung.

Ob die französische Erregung gegen Preußen durch diese Entschließung des Prinzen, welcher, so hochgestellt er ist, doch eben nur ein Privatmann ist, beschwichtigt sein wird, das muß der weitere Erfolg lehren. Deutschland ist glücklicher Weise in der Lage, diesen Erfolg ruhig abwarten und den Entschließungen jedes seiner Nachbarn, wer es auch sei, ohne sonderliche Besorgniß entgegensehen zu können.

Sollte aber auch in Paris die bisherige Aufwallung einer ruhigeren Auffassung Platz machen, so wird doch in Deutschland auf lange Zeit der Eindruck nicht zu verwischen sein, den diese plötzliche drohende und beleidigende Haltung unserer Nachbarn hinterlassen hat. Es wird schwer sein, das Vertrauen auf gute nachbarliche Verhältnisse und den Glauben an den guten Willen der jetzigen französischen Regierung auf Erhaltung des Friedens wiederherzustellen, nachdem die Versicherungen, welche dieselbe Regierung am 30. Juni dieses Jahres gegeben, daß der Friede niemals gesicherter gewesen, als gerade jetzt, nach kaum 8 Tagen in so auffälliger und befremdlicher Weise verleugnet worden sind. Es kann nicht fehlen, daß alle die beunruhigenden Gerüchte, welche den Eintritt des Herzogs von Gramont ins Ministerium begleiteten, mit einem starken Anspruch auf Glaubwürdigkeit wieder aufleben; der Schaden aber, welchen die Wohlfahrt friedlicher Bevölkerungen durch solche Anwandelungen, wie die der letzten Woche erleidet, kann leider so schnell nicht verwachsen, wie er bereitet wird.

Die Erklärungen der französischen Minister.

Die Erklärung, welche der Herzog von Gramont auf die im gesetzgebenden Körper gestellte Interpellation über die Hohenzollernsche Kandidatur abgab, lautete wie folgt:

»Marschall Prim hat in der That dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Krone Spaniens angeboten und letzterer hat sie angenommen, aber das spanische Volk hat sich noch nicht ausgesprochen und wir wissen auch noch nichts von den wirklichen Einzelheiten einer Unterhandlung, die uns bis jetzt verborgen war. Auch eine Erörterung würde jetzt kein praktisches Resultat haben. Wir bitten Sie, dieselbe hinauszuschieben.

Wir haben nicht aufgehört, der spanischen Nation unsere Sympathien zu bezeigen und alles zu vermeiden, was den Schein hätte haben können, als wollten wir uns irgendwie in die inneren Angelegenheiten einer edlen und großen Nation einmischen, die in voller Ausübung ihrer Souveränetät ist. In Bezug auf die verschiedenen Kronbewerber sind wir nicht aus der strengsten Neutralität hinausgegangen und haben für keinen derselben jemals weder Vorliebe noch Abneigung bezeigt. Wir werden dieses Benehmen auch ferner beobachten.

Aber wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karl's V. setzt und dadurch zu unserem Schaden das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europa's in Unordnung bringen und die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Dieser Fall wird nicht eintreten; dessen sind wir ganz gewiß. Damit er nicht eintrete, zählen wir zugleich auf die Weisheit des deutschen und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Sollte es anders kommen, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung, meine Herren, und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwachheit zu erfüllen haben.«

Diese Aeußerung, welche der größte Theil der Versammlung mit stürmischem Beifall begleitete, wurde in dieser alsbald als eine offene Ankündigung des Krieges gedeutet. Der Minister Ollivier, welcher als die Seele des jetzigen Ministeriums gilt, fügte demzufolge den Worten seines Kollegen hinzu:

»Es ist nichts definitiv, ich kann die Behauptung nicht zulassen, daß die Regierung, indem sie offen und deutlich ihre Meinung über eine Lage ausdrückt, welche die Sicherheit und Macht Frankreichs berührt, den Weltfrieden in Gefahr brächte. Meine Meinung ist, daß sie das einzige Mittel, welches übrig bleibt, anwendet, um ihn zu befestigen; denn so oft Frankreich sich bei Vertheidigung eines legitimen Rechts fest zeigt, ohne das Maß zu überschreiten, kann es auf die moralische Unterstützung und Billigung Europas rechnen. Ich bitte also die